

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 03.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 398 bis 400 löschen:

Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Wir treten dafür ein, dass die ~~notwendige~~-Beratung durch ein abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft

Begründung

das Wort "notwendige" klingt sehr nach einer Pflichtberatung, die wir ja eigentlich nicht wollen.